

handel, die Absatzlage etwas günstiger gewesen zu sein als im September, doch sind die außerordentlichen Ausfälle dieses Monats sicher noch nicht ausgeglichen worden. Der Reichsbund des Textil-einzelhandels weist in seiner September-Statistik einen Umsatzrückgang von 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. Einige Teile Deutschlands dagegen zeigen noch erheblichere Umsatzrückgänge. So z. B. Groß-Berlin, das nur wenig über 80 Prozent des entsprechenden Monats 1928 erreichte, und damit am ungünstigsten abgeschlossen hat.

Der Schuheinzelhandel, dessen Umsätze in diesem Jahr besonders beeinträchtigt zu sein scheinen, hat im Reichsdurchschnitt im September sogar einen 20prozentigen Umsatzausfall gegenüber dem Vorjahr aufzuweisen.

Infolge der kühleren Witterung während des größten Teils des Oktobers konnte sich zwar das Geschäft in Bekleidungsgegenständen beleben, doch dürfte auch im Oktober die Vorjahrshöhe keineswegs erreicht sein. Dies trifft auch für die meisten übrigen Branchen zu, die unter der starken Arbeitslosigkeit — die Zahl der unterstützten Erwerbslosen liegt bekanntlich fast eine Viertelmillion über der entsprechenden Vorjahrzahl — und dem damit verbundenen Kaufkraftausfall erheblich gelitten haben. Lediglich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist infolge der verhältnismäßig günstigen Situation der Montan-Industrie auch die Lage des Einzelhandels, mit der des übrigen Reiches verglichen, einigermaßen behauptet.

Bereits im vorigen Bericht wurde darauf hingewiesen, daß sich die Kredit-situation des Einzelhandelsbetriebs in bedenklicher Weise zugespitzt habe. Umsatzrückgänge auf der einen Seite, erhöhte Kreditansprüche der Kundschaft auf der andern Seite führen zu Notverkäufen, und damit zu einem Druck auf die Preise. Dieser Preisdruck wird verstärkt durch die zwar langsam, aber unaufhaltbar sinkenden Großhandelspreise, was zu einer Lagerentwertung im Einzelhandel führen muß. Nur dem verhältnismäßig allmählichen Preisrückgang ist es zu danken, daß die Zahl der Insolvenzen im Einzelhandel nicht stärker gestiegen ist, als es der Fall war. Immerhin stehen 2463 Konkurse in den ersten neun Monaten des Jahres 1928 2881 im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1929 gegenüber. Noch deutlicher zeigt eine Gegenüberstellung der eröffneten Vergleichsverfahren im Januar bis September 1928/1929 die prekäre Lage der Einzelhandelsbetriebe. 1038 Vergleichsverfahren in den ersten neun Monaten 1928, 1652 im entsprechenden Zeitraum 1929. Die Verluste aus den beendeten Konkurs- und Vergleichsverfahren überstiegen diejenigen aller übrigen Wirtschaftsklassen erheblich. Mehr als 100 Millionen Mark beträgt die Verlustsumme im Jahre 1928.

Ange-sichts dieser ohnehin bereits aufs äußerste gespannten Lage muß die Entwicklung der Arbeitslosigkeit doppelte Sorge machen. Das Institut für Konjunkturforschung schrieb in einem seiner letzten Wochenberichte: »Die Saisonbewegung auf dem Arbeitsmarkt läßt für die kommenden Monate eine starke Steigerung der Arbeitslosigkeit erwarten. Auch von der Konjunkturbewegung her ist eher zunehmende als abnehmende Belastung des Arbeitsmarktes wahrscheinlich. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die in diesem Jahre seit Anfang August zu beobachten ist, hat in steigendem Tempo bis zur Gegenwart angehalten. Wenn in diesem Jahre entgegen der Erfahrung früherer Jahre der saisonmäßige Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit statt im Oktober bereits Anfang August erreicht wurde, so hängt dies damit zusammen, daß die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes, die sich sonst noch im August und September durchzusetzen vermög, in diesem Jahre nicht stark genug war, um den konjunkturellen Rückgang der Beschäftigung auszugleichen. Vor allem wurden im Baugewerbe und in den Baubengewerben, die bei normaler Bau-saison noch bis zum Oktober mit steigender Beschäftigung rechnen können, bereits seit August Arbeitskräfte freigesetzt. Nur die Landwirtschaft, das Bekleidungs-gewerbe und Teile des Nahrungs- und Genussmittel-gewerbes haben in den letzten Wochen ihren Bedarf an Arbeitskräften erhöht. In wichtigen, für den Arbeitsmarkt ausschlaggebenden Industrien (Metallindustrie und Textilindustrie) hat dagegen die Beschäftigung gleichzeitig nachgelassen. Stark zunehmende Arbeitslosigkeit bedeutet zugleich auch eine wesentliche Beeinträchtigung der Massenkaufkraft; sie dürfte namentlich auf die Entwicklung der Umsätze im Einzelhandel und damit letztlich auf die Absatzmöglichkeiten der Verbrauchsgüterindustrien von Einfluß sein. Allein

aus Gründen der Jahreszeit ist in der nächsten Zeit mit einer von Monat zu Monat steigenden Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Legt man die Erfahrungen früherer Jahre über diese Entwicklung zugrunde, dann muß im Dezember mit einer Arbeitslosigkeit von mindestens 1,3 Millionen, im Januar und Februar mit einer Arbeitslosigkeit von rund 2 Millionen gerechnet werden. Diese Zahlen gelten unter der Voraussetzung, daß sich die Witterungsverhältnisse im kommenden Winter normal gestalten. Sollte die konjunkturelle Steigerung der Arbeitslosigkeit wie bisher anhalten, worauf vor allem die Lage des Kapitalmarktes und des Geldmarktes hindeuten, so wäre mit einer Mehrbelastung des Arbeitsmarktes in den Wintermonaten von 50 000 bis 100 000 Arbeitslosen zu rechnen.« Diese Entwicklung stellt auch den Erfolg der mit Ach und Krach erreichten »Sanierung« der Arbeitslosenversicherung, wie wir schon vor 4 Wochen andeuteten, wieder völlig in Frage. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beschäftigte sich bereits am 17. Oktober mit dem neuen Gesetz zur Reform der Arbeitslosenversicherung und behandelte die ihm durch die Novelle zugewiesenen neuen Aufgaben. In einem zusammenfassenden Bericht stellte Präsident Dr. Syrup schon damals fest, daß sich Einnahmen und Ausgaben etwa bis Anfang November die Waage halten. Der in den Sommermonaten ange-sammelte Notstod von nur 28 Millionen Reichsmark dürfte voraussichtlich bis Mitte Dezember ausreichen. Das Beitragsaufkommen hat sich günstiger entwickelt, als seinerzeit bei der Vorbereitung des geltenden Gesetzes angenommen wurde, so daß die Reichsanstalt künftig etwa 850 000 Hauptunterstützungsempfänger im Jahresdurchschnitt aus eigenen Einnahmen tragen kann. Doch hat sich infolge der sehr ungünstigen Monate April und Mai die Durchschnittszahl für die letzten 6 Monate bereits auf 928 000 Hauptunterstützungsempfänger erhöht. Angesichts der vielen unübersichtlichen Faktoren, insbesondere der Witterung, der allgemeinen Konjunktur und des Kapitalmarktes ist eine einigermaßen sichere Voraussage über die Belastung der Arbeitslosenversicherung im kommenden Winter kaum möglich. Immerhin muß wohl mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß eine Ziffer von mindestens 1,65, wahrscheinlich aber von 1,8 Millionen unterstützungsberechtigter Arbeitsloser im Durchschnitt der Wintermonate erreicht werden wird. Der Betrag von 68 Millionen Reichsmark, der im Reichshaushalt für Darlehen an die Reichsanstalt noch zur Verfügung steht, wird daher bei weitem nicht ausreichen; vielmehr muß damit gerechnet werden, daß das erforderliche Darlehen bis zur Größenordnung von 200 bis 250 Millionen Reichsmark ansteigen kann. Der Präsident richtete mit Zustimmung des Verwaltungsrates an die anwesenden Vertreter des Reichsarbeitsministeriums den dringenden Appell, dahin zu wirken, daß die Reichsregierung bei ihren Beschlüssen der schweren Lage der Reichsanstalt Rechnung trägt. Auch von dieser Seite erweist sich daher eine grundlegende Umstellung der Wirtschaftspolitik als unumgänglich, denn die Bereitstellung entsprechender Mittel bei der bloßen Finanzreform genügt ja nicht mehr. Auch deren Schicksal hängt davon ab, daß eine entsprechende Neuorientierung der Politik die Wirtschaft überhaupt erst wieder fähig macht, entsprechende Steuern zu zahlen. Da die gleiche Reform auch die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern verspricht, hängt hiervon in der Tat alles ab.

Zur Beleuchtung der Lage im Buchgewerbe und im Buchhandel sei zunächst aus den Berichten der preussischen Handels- und Gewerbekammern zitiert: »Das Exportgeschäft der ostpreussischen Zellstoffindustrie bewegte sich im gewohnten Rahmen. Auf dem Inlandmarkt wurden insbesondere Abschlüsse für nächstjährige Lieferung getätigt, denen mäßig erhöhte Preise zugrunde lagen. Die Lage einiger Betriebe der Papierindustrie hat sich etwas freundlicher gestaltet. Der Auftragseingang für Kabela-papier, Packpapier und für feinere Papiere hat sich ein wenig gebessert, doch sind die Werke teilweise noch nicht in der Lage, die Betriebseinschränkungen ganz aufzuheben. Der Absatz von wasserdichten Papieren und Packstoffen ist fortgesetzt gering. Die Verkaufspreise sind allenthalben sehr gedrückt, z. Tl. weiter herabgesetzt. Im Buchdruckgewerbe hat die Tätigkeit im all-